

Christa Wichterich

## **Dschända und Makroökonomie**

### **Von der Befreiung des Marktes und der Befreiung der Frauen**

Bei der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong reservierte die EU erstmalig einer „Gender“-Vertreterin aus dem NRO-Spektrum einen Platz in ihrer Delegation. Ein Anerkennungserfolg für das Thema „Gender und Handel“ und für Frauen-NRO, die sich damit beschäftigten. Anfang der 1990er schreckten Frauen noch vor der Makroökonomie zurück, weil sie sich mit dem doppelten Mythos eines exklusiven Spezialisterrains und der totalen Geschlechtsneutralität umgab. Beide Mythen wurden erfolgreich geknackt.

Zinsen und Zölle, Außenhandelsbilanzen und Wachstumsquoten kommen als makro-ökonomische Instrumente daher, die keine Klassen, Kulturen und Geschlechter zu kennen scheinen. In den nackten Zahlen sind die Menschen, die höchst unterschiedlichen ökonomischen Subjekte, die produzieren, handeln und spekulieren, die konsumieren, versorgen und sparen, nicht sichtbar.

Gegen die behauptete Geschlechterneutralität der Makroökonomie argumentieren feministische Ökonominen, dass alle Wirtschaftsprozesse auf Geschlechterunterschieden aufbauen, vor allem auf der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Produktion und Reproduktion sowie unterschiedlichen Eigentumsrechten oder Ressourcenchancen von Männern und Frauen. Umgekehrt wirken Wirtschaftspolitik und Handelsregeln auf die Geschlechterverhältnisse ein, modernisieren und verändern sie.

Aus feministischer Sicht ist die zentrale Frage in den derzeitigen wirtschaftlichen Umbrüchen durch die Globalisierung, ob sie Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Frauen und Männern reduzieren oder bestätigen. Seit einem Jahrzehnt arbeiten immer mehr feministische Ökonominen und Gender-Aktivistinnen daran, die Geschlechterimplikationen der Makroökonomie sichtbar zu machen und von makroökonomischen Planungen und Regelsystemen Gendersensibilität zu fordern. „Engendering“ der Makroökonomie war die Devise. Aber wie kommt Gender rein? Und was bedeutet das?

### **Globalisierung und Gleichstellung**

Gender-Analysen der Auswirkung von globalem Standortwettbewerb und Weltmarktintegration, Investitionen und Freihandel zeigen gegenläufige Tendenzen auf: wirtschaftliche Akteure profitieren unterschiedlich von der Handelsliberalisierung. Frauen sind häufiger von negativen Folgen der Liberalisierung betroffen als Männer, allerdings bieten sich ihnen auch neue wirtschaftliche Chancen. Angleichungen und Modernisierungen der Geschlechterrollen finden statt, aber trotzdem bestehen erhebliche Geschlechterunterschiede weiter. Beispiel: die meisten Frauen sind schwache Akteurinnen auf den Märkten, Kleinbäuerinnen, Handwerkerinnen und

Kleinhändlerinnen, die im Wettbewerb mit dem Import von Billiggütern, mit Großhändlern und transnationalen Konzernen vom Märkte verdrängt werden. Frauen sind dagegen weltweit in der arbeitsintensiven Exportproduktion und im Sektorservice Jobgewinnerinnen. Allerdings konzentrieren sie sich in informellen, prekären und niedrigentlohnten Jobs. Von Gleichstellung in der Wirtschaft ist das alles noch weit entfernt.

Was folgt aus diesen empirischen Befunden für eine Geschlechterpolitik in der Makroökonomie? UNCTAD, die UN-Organisation für Handel und Entwicklung, die seit 2003 zusammen mit anderen UN-Organisationen in einer Arbeitsgruppe das Thema „Gender und Handel“ diskutiert, schlussfolgert, dass „Wege gefunden werden müssen“, damit Frauen mehr Nutzen von der Liberalisierung haben. Sie sollen durch mehr Zugang zu Exportproduktion, Ressourcen, Mikrokredit, Training und vor allem Unternehmertum mehr Früchte aus der Marktöffnung und Freihandel ernten. Die WTO-Abkommen sind nach UNCTAD-Auffassung „die besten Voraussetzungen“, um Gleichstellung zu erreichen. Es fehlt nur an Gesetzen zur Chancengleichheit, zu Lohn- und rechtlicher Gleichstellung und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen auf nationaler Ebene. Ähnlich argumentiert die Weltbank, die Geschlechterungleichheit z.B. in Bildung und Beschäftigung als Hindernis für Effizienzsteigerung und Wachstum sieht.

### **Nationale Chancengleichheit und Weltmarkt**

‘*Engendering* der Makroökonomie’ bedeutet hier, ohne Interventionen in die Handelsabkommen und die Liberalisierungsprozesse den nationalen Regierungen die „soziale“ Aufgabe zu überantworten, die Chancen von Frauen als Humankapital, Ressourceneignerinnen und Unternehmerinnen zu verbessern. Das heißt aber auch, Frauen für die Marktziele fit zu machen und zu instrumentalisieren, makro-ökonomische Politik dagegen nicht in Frage zu stellen.

Viele Frauenorganisationen rund um den Globus, die innerhalb der Arbeitsmärkte, Berufskarrieren und Verdienstskaleten auf das Ziel gleicher Rechte und Chancen schauen, bewegen sich mit ihren Forderungen nach Karriere- und Unternehmerinnenförderung in genau diesem systemimmanenten Rahmen.

Gleichheit auf den Märkten ist wie überall ein Grundrecht von Frauen und ein Entwicklungsziel an sich. Doch wird der Handel zwischen Nord und Süd gerechter oder das Macht- und Marktgefälle zwischen Straßenhändlerinnen und Supermarktketten verringert, wenn ein paar mehr Frauen in Führungspositionen aufsteigen? Wird mehr Ernährungssouveränität erzielt, wenn mehr Frauen von Exportgeschäften profitieren?

### **Integration sozialer und wirtschaftlicher Ziele**

Frauennetzwerke wie IGTN und WIDE und das Sozialforschungsinstitut der UN, UNRISD, haben grundsätzliche Kritik an der weltweiten Liberalisierungsstrategie und Zweifel an fairen, ausgleichenden Mechanismen

auf dem Weltmarkt: UNRISD argumentiert, dass „eine Welt, in der das dominante Modell soziale und ökonomische Ungleichheit vertieft und Marginalisierungen verstärkt, und in der Umverteilung keinen Platz hat,... Geschlechtergleichheit nicht gewährleistet wird.“ Der „Marktfundamentalismus“ grenzt soziale Ziele aus dem Ökonomischen aus und fordert den Staat auf, die neue globale Wettbewerbsordnung zu regulieren und sozialpolitische Maßnahmen als Auffangpolster einzusetzen, um die schlimmsten Auswüchse einer ungerechten Entwicklung abzufedern.

Feministische Ökonominnen wie Diane Elson und UNRISD halten deshalb ein „Neudenken von Wirtschaftspolitik und Makroökonomie“ für notwendig. Soziale Ziele wie Gleichheit, soziale Sicherheit und Umverteilung müssen von Anfang an in die Makroökonomie integriert und zum Oberziel von Wirtschaftspolitik gemacht werden statt zuallererst auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu orientieren und dies auf durch Anti-Diskriminierungsmaßnahmen und Sozialmaßnahmen lediglich zu flankieren. Dabei muss es auch Handlungsspielraum für andere Wirtschaftspolitiken geben, als das von der WTO diktierte neoliberale Marktmodell, an dem die ganze Welt genesen soll. Schutz lokaler Märkte, regionale Kreisläufe, eine größere ökonomische Wertschätzung der sozialen Reproduktion und öffentlicher Güter, keynesianische Steuerung – solch nicht orthodoxe Ökonomieansätzen bieten oft bessere Chancen für eine soziale und geschlechtergerechte, armutsreduzierende und nachhaltige Entwicklung.

Für die multilateralen Politik der WTO bedeutet dies, dass sie Menschenrechte, Sozialpolitik und Umweltstandards nicht länger als außerökonomische Normen ausblenden dürfen. Vielmehr sollten Handelsrechte nur in Abstimmung und Übereinstimmung mit von UN-Organisationen festgeschriebenen multilateralen Rechtsregimen wie z.B. Arbeitsrechten durch die ILO-Konventionen, Frauenrechten durch CEDAW, Umweltrechten durch die Biodiversitätskonvention etc. formuliert werden.

Feministische Ökonominnen versuchen weiterhin den Spagat zu bewältigen, gleiche wirtschaftliche und soziale Rechte für Frauen innerhalb der bestehenden wirtschaftlichen Institutionen zu fordern und gleichzeitig für eine grundlegend sozial gerechtere und nachhaltige Ökonomie zu streiten.